

Zum Ostermarsch 2019



Kundgebung am Ostersonntag

20. April 2019

11:00 - 13:00 Uhr

Am Nabel in Göttingen

- Abrüsten statt aufrüsten***
- Stoppt Waffenexporte***
- INF-Vertrag retten***
- Weltweites Atomwaffenverbot***
- Atomwaffen raus aus Büchel***

Wir rufen zum Ostermarsch nach Kassel auf:

Ostermontag, 22.04.2019

Treffpunkte: Route 1 Bebelplatz 10:30 Uhr

Route 2 Halitplatz (Holländische Straße) 10:30 Uhr

Abschlusskundgebung am Rathaus, 12:00 Uhr

Mit dem Zug ab Göttingen:

09:14 Uhr, 10:13 an KS Hbf, ca 15 min Fussweg zum Halitplatz oder

09:40 Uhr, 09:59 an KS Wilhelmshöhe, ca 20 min Fussweg zum Bebelplatz

Aufleben der Ostermarschbewegung

Die Unterzeichnerinnen dieses Aufrufs versuchen, die Ostermarschbewegung auch in Göttingen wieder zu aktivieren. Wir bitten Euch, dieses Anliegen zu unterstützen.

Auch wenn es in diesem Jahr erst nur eine Kundgebung ist: Es ist wichtig, dass wir uns zeigen, so wie es uns die Jugend mit ihren entschlossenen Freitagsdemonstrationen zur Klimakatastrophe vorlebt.

Geostrategische Machtverschiebungen, Modernisierungsvorhaben bestehender Atomwaffenbestände und die zeitgleiche Auflösung zivilisierender Verbots- und Abrüstungsverträge wie die der INF-Verträge bedeuten eine Aufrüstungsspirale mit gegenwärtig kaum abzuschätzenden Auswirkungen.

Die Bundeswehr, als Verteidigungsarmee aufgestellt, ist - offen oder verdeckt - in diese Kriegshandlungen einbezogen. Nie war die Kriegsgefahr mit atomaren Waffen größer als in dieser Zeit, in einer Zeit, in denen unberechenbare Staatenlenker an der Macht sind.

I. Abrüsten statt aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde

II. Fünf gute Gründe gegen deutsche Rüstungsexporte:

1. Rüstungsexport macht die Welt unsicherer

Waffenlieferungen allein lösen keine inner- oder zwischenstaatlichen Konflikte aus. Aber sie ermöglichen Unterdrückung, Gewalt und Krieg. Das wird am Beispiel des Irak deutlich, der in den siebziger Jahren unter Saddam Hussein immense Waffenlieferungen aus Deutschland, den USA und vielen weiteren Ländern erhalten hat. Seitdem hat das Land drei blutige Kriege durchlitten, die Menschenrechtssituation ist katastrophal und es droht unter islamistischem Terror zu zerbrechen.

2. Rüstungsexporte erzeugen Vertreibung und Flucht

Seit 2012 verkauft die deutsche Rüstungsindustrie stets über 50 Prozent der Waffen nicht an Bündnispartner, sondern an sogenannte Drittstaaten außerhalb von EU und NATO. Die Empfängerländer liegen auch in Krisenregionen, etwa im Nahen Osten und in Nordafrika. Darunter sind Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden. Viele Geflüchtete, die uns erreichen, fliehen aus eben diesen Regionen vor Terror und Krieg. So tragen die deutschen Rüstungsexporte zu Vertreibung und Flucht bei.

3. Kleinwaffen sind die neuen Massenvernichtungswaffen

Deutschland gehört zu den weltweit größten Exporteuren von Kleinwaffen. Diese lassen sich leicht verstecken oder in andere Länder transportieren, ohne dass man etwas dagegen tun könnte. Und sie töten mehr Menschen, als jede andere Waffenart - schätzungsweise eine halbe Million jedes Jahr. Die wenigsten davon sterben in Kriegen: Gerade terroristische und kriminelle Organisationen wie der „Islamische Staat“, Drogenkartelle oder Mafiagruppen setzen ganz auf Kleinwaffen.

4. Waffen können jederzeit in „falsche Hände“ fallen

Niemand weiß, wo deutsche Waffen überall im Einsatz sind! Vor allem trifft dies auf Kleinwaffen zu. Viele davon wurden erbeutet oder weiterverkauft - man spricht von Proliferation. So wurden Bürgerkriegsmilizen im Jemen von Saudi-Arabien mit deutschen G 3-Gewehren versorgt. Auch Terroristen des selbsternannten „Islamischen Staates“ wurden schon mit G 3-Gewehren gesichtet. Und in Afghanistan kämpften die Taliban teilweise sogar mit deutschen Waffen gegen die Bundeswehr!

5. Die Exporte der Rüstungsindustrie haben keine volkswirtschaftliche Relevanz

Für die exportstarke deutsche Volkswirtschaft spielen Rüstungsexporte kaum eine Rolle. Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2015 machten sie nur 0,83 Prozent des Wertes aller deutschen Exporte aus. In den Empfängerländern hingegen könnte das Geld besser in Bildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur investiert werden. Vor die-

sem Hintergrund sind die Rüstungsexporte nach Angola und Pakistan, aber auch nach Griechenland gleich mehrfach schädlich.

III. Dringend! Rettung des INF- Mittelstreckenraketen Abkommens steht auf der friedenspolitischen Tagesordnung!!!

Nachdem Trump Anfang Februar 2019 den Austritt aus dem INF Vertrag angekündigt hatte, blieb die Reaktion von Putin nicht aus. Damit droht ein noch weit gefährlicherer atomarer Rüstungswettlauf als die als „Nachrüstung“ bekannte Aufrüstung in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Damals demonstrierten in der bis heute größten Friedensbewegung Millionen Menschen gegen die atomare Aufrüstung in Mitteleuropa mit US-amerikanischen Pershing 2 Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles sowie sowjetischen SS 22 Raketen. Im Dezember 1987 führten diese Kämpfe zum Erfolg: Die Präsidenten der USA und der damaligen Sowjetunion beschlossen mit dem INF-Vertrag das Verbot landgestützter, mit Atomsprengköpfen bestückbarer Kurz- und Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper mit Reichweiten von 500 bis 5 500 Kilometern. Und in Umsetzung dieses Abkommens verschrotteten die USA und Rußland ihr gesamtes, fast ausschließlich auf dem eurasischen Kontinent stationiertes Arsenal von 2.700 Atomwaffen, das von dem Vertrag erfasst wurde. So kam es dazu, dass erstmalig Atomwaffen nicht nur begrenzt sondern sogar zerstört wurden. Statt „nur“ Rüstungskontrolle eine echte Abrüstung!

Uns bleibt noch Zeit, uns laut und aktiv gegen diesen gefährlichen Rückschritt zu stemmen, den der Austritt aus diesem Abkommen bedeuten würde: Denn die Austrittsankündigungen treten erst am 2. August dieses Jahres in Kraft. Die Rettung dieses

Abkommens kann nur gelingen, wenn die Friedensbewegung in der Bundesrepublik politischen Druck auf die Bundesregierung ausübt - und diese auf die politischen Verbündeten.

Bis 2014 wurden die im INF Vertrag vereinbarten gegenseitigen Kontrollmechanismen angewendet. Dann wurden sie wegen der gegenseitigen nicht geklärten Vorwürfe ausgesetzt.

Deshalb fordern wir zu allererst eine baldige umfassende Wiederaufnahme dieser Kontrollmechanismen. Denn sie haben sich 26 Jahre lang bewährt. So könnten die gegenseitigen Vorwürfe, die bislang auf beiden Seiten bloße Behauptungen sind, wirklich geklärt werden. Die Regierungen der europäischen NATO-Verbündeten haben leider mit vorschnellen, vassallentreuen Solidaritätsadressen ihre eigenen Einflussmöglichkeiten das Abkommen zu retten sowohl in Washington, aber auch in Moskau sehr geschwächt. Deshalb sind auch Beteuerungen und Beschwichtigungen wie vom deutschen Außenminister Heiko Maas, SPD, wenig glaubwürdig, im Gegenteil: Aus CDU/CSU-Kreisen und politisch nahen Parteien im europäischen Ausland tönt: Um Rußland zu Konzessionen zu zwingen, müssen alle Optionen, einschließlich Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen auf den Tisch. Erheblich verschärft wird die friedensgefährdende Lage durch die Technik der neuen Atomwaffen, die für einen neuen, atomwaffengestützten Rüstungswettlauf bereitgestellt werden. Sie übertreffen die Alten bei weitem hinsichtlich Geschwindigkeit, Präzision, Zerstörungskraft, Steuerungsfähigkeit und der Möglichkeit auch bewegliche Ziele zu treffen. Darüber hinaus könnte der Verlust des INF-Abkommens, dieses zentralen Abrüstungsabkommens, die ganze Rüstungskontrollarchitektur ins Wanken bringen: Die START Verhandlungen über die Kontrolle der atomaren Langstreckenwaffen und den NPT, den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen.



Quelle: Foto <https://blog.wikimedia.de/2009/10/01/neue-bilder-von-der-deutschen-fotothek/>

Habt doch endlich mit euch selber jetzt erbarmen.

Bertolt Brecht

IV. Atomwaffen raus aus Büchel

Im Fliegerhorst Büchel lagern etwa 20 Atombomben der USA. Piloten der Bundeswehr üben den Einsatz, den Abwurf von Atombomben. Obwohl 2012 vom Bundesrat und Bundestag der Abzug der Bomben mehrheitlich beschlossen wurde, wurde von der jeweiligen Bundesregierung seither nichts für einen Abzug unternommen. Damit besteht eine nukleare Teilhabe von Deutschland, die gegen die Statuten der Nichtverbreitung atomarer Waffen verstößt. Seit Jahren gibt es in Büchel Proteste, bisher ohne Erfolg den Abzug betreffend. Aber die Kampagne „Abschaffung aller Atomwaffen“ war wichtig und erfolgreich für die Verabschiedung des Verbotsvertrags der UN. Die Zustimmung zum Verbotsvertrag der UNO durch Deutschlands hätte zwangsläufig den Abzug oder die Verschrottung der Atombomben - statt des geplanten Ersatzes durch modernere, effektivere Atombomben - zur Folge. Abzug JA, Ersatz NEIN - lasst uns dafür streiten.



V. Weltweites Atomwaffenverbot

2017 hat die UN die Ächtung atomarer Waffen deklariert. D.h. der Besitz, der Einsatz, die Weitergabe, die Entwicklung und Herstellung atomarer Waffen ist verboten. Vorangegangen war ein langer Prozess des Einsatzes von fast 500 Organisationen, unter maßgeblicher Mitwirkung von IPPN, PAX CRISTI, dem Städtebund „Major for Peace“, gebündelt von „ICAN“. Dieser Organisation wurde der Friedenspreis von Oslo zu gesprochen. 122 Staaten haben diesem Verbotsvertrag zugestimmt, Deutschland bisher nicht. Das muss sich ändern!

Die Stadt Göttingen hat jüngst - aufgrund der Initiative der Anti-Atom-Initiative u.a. - die Aufforderung an die Bundesregierung verabschiedet, diesen Vertrag zu unterschreiben.

Das Szenario atomarer Konflikte verliert aktuell seine Abstraktheit und ist nur vermeintlich ein Relikt des Kalten Krieges. Die offenkundigen weltweiten Machtverschiebungen und die zeitgleiche Auflösung zivilisierender Verbots- und Abrüstungsverträge, wie z.B. die der INF-Verträge, drohen in die Richtung einer Aufrüstungsspirale mit gegenwärtig kaum abzuschätzenden Auswirkungen. Das wäre ein gewaltiger Rückschritt und ein verheerendes Signal.

Wir dürfen kein neues atomares Wettrüsten zulassen. Für Göttingen ist klar: Wir wollen keine Atomwaffen. Daher ist die Stadt Mitglied bei „Mayors for Peace“. Dieses Engagement wollen wir gemeinsam mit wichtigen zivilgesellschaftlichen Forderungen von internationalen Akteuren wie ICAN und lokalen aktiven Initiativen fortsetzen. Göttingen hat als siebte Stadt bundesweit entsprechende Beschlüsse gefasst, wie u.a. Bremen, Köln und Mainz. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt globale Regelwerke der Vereinten Nationen wie den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen.

Die Stadt Göttingen soll ihrer Schutzverantwortung für Krisen- und Katastrophenfälle gerecht werden und die Bundesregierung zur Unterzeichnung des UN-Verbotsvertrages bewegen!

Unterstützer*innen:

Anti-Atom-Initiative Göttingen, Attac-Göttingen, DGB-Südniedersachsen, Deutsche Friedensgesellschaft - VK - Gruppe Göttingen, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Regionalgruppe Göttingen, Grobian (Groner BürgerInneninitiative Antifaschismus Grone), IPPNW Regionalgruppe Göttingen, Motorradclub Kuhle Wampe Göttingen, Naturfreunde Göttingen, Nicaragua-Verein, ver.di-Jugend Göttingen, ver.di OV-Göttingen, Umweltgewerkschaft, VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen
Prof. Dr. Rolf Bertam, Inge Beuermann, Walter Birkholz, Patrick v. Brandt, Prof. (em.) Dr. Manfred Engelbert, Hendrik Falkenberg, Ludger Gaillard, Dr. Karl Gebauer, Andrea u. Detlef Gerke, Prof. Sigmar Gröneveld, Hansjörg Heinrich, Pascal Heisterüber, Prof. Dr. Jan Hildebrandt u. Frauke Hildebrandt, Renate Holz, Prof. Dr. Christian Joos, Peter Kasten, Ruth Kiefer, Helmut Koch, Dr. Gerd Krauth, Anna Leineweber, Jost Lessmann, Susanne Linnert, Sabine Lösing, Nele Müller, Prof. Dr. Roland Nau, Ull u. Gerd Nier, Regina u. Helmut Nebel, Ludwig Pape, Paulus Paulerberg, Edda und Horst Pinne, Helmut Rehaus, Karin Rohrig, Bärbel Safieh, Klaus Schild, Anne Schreiner, Dr. Christian Schüler, Werner Schulze, Christa u. Klaus Schwalbe, Hans Georg Schwedhelm, Christa u. Gunnar Siebecke, Bernd Siebeneichner, Ute Simmerling, Ecki Stedeler